

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Pfennig

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720,
für Anzeigen, Annahme, Zeitungs-
bestellung und Drucksaßen 3290.

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die 7-geige Seite 0,50 Gulden, Re-
klamasteile 1, Gulden, in Deutschland 0,70 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Nr. 99

Montag, den 28. April 1924

15. Jahrg.

Auf zum Gemeindewahlkampf!

Wähler und Wählerinnen!

Am 25. Mai finden im Freistaat die Wahlen der Gemeindevorsteher statt. Das Volk soll die Entscheidung geben über Ziel und Richtung der Politik in den Gemeinden.

Die alten reaktionären, bürgerlichen Parteien haben bei den Volkstagswahlen im November vorig. Jahres vergebens versucht, unter neuen Namen und Gruppen den Aufstieg der Arbeiterklasse zu hindern.

Senat und Bürgerblock haben alle Anträge der Sozialdemokratie, die eine Verbesserung der Lebenshaltung der Erwerbslosen, Witwen und Waisen, Sozialrentner, der Kriegsbekämpften oder deren Hinterbliebenen, und der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erstrebt, abgelehnt.

Der Senat erdreistete sich sogar entgegen dem Willen der Mehrheit des Volkstages und des Volkes die Amnestievorlage der Sozialdemokratie abzulehnen, die endlich den Schönhorster Landarbeitern und allen übrigen politischen Strafgefangenen die Freiheit bringen sollte.

Senat und Bürgerblock wollen die Mittel zum Wohnungsbau durch unerträgliche Mietsaufschläge von der werktätigen Bevölkerung erheben. Die Sozialdemokratie will durch Erhöhung der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und einer Lohnsummensteuer, die alle Unternehmungen von Stadt und Land tragen sollen, die Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot schaffen.

Die Sozialdemokratie erstrebt die Selbstverwaltung für die Gemeinden und die Beseitigung des reaktionären Kommunalabgabengesetzes.

Sie will den privatkapitalistischen Besitz von Grund und Boden in gesellschaftlichen umwandeln und erstrebt deshalb das Enteignungsrecht für die Gemeinden zur Durchführung einer gesunden Siedlungspolitik.

Die Sozialdemokratie will Steigerung der Produktion durch Verbesserung der Technik, durch Hebung des Wissens und der Kultur der arbeitenden Massen. Sie erstrebt deshalb den Schutz aller Konsumenten durch eine gesunde Preispolitik für alle Waren und Güter, und fordert daher den Ausbau der Verbrauchergerichte.

Ihr Ziel ist Volksherrschaft über Volkswirtschaft.

Die Sozialdemokratie lehnt es ab, in Butichen und sinnlosen Generalstreiks die Kraft der Arbeiterklasse

zu verzetteln. Diese stärken nicht, sondern schwächen das Proletariat.

Sie unterstützt den Kampf der Gewerkschaften um die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten und Beamten und wird den

Kampf um den Achtstundentag

in jeder Weise unterstützen.

Die Sozialdemokratie fordert die Heranführung der Renten der Kriegsbekämpften, Invaliden, Witwen und Waisen und aller sonstigen Unterstützungsempfänger, um diese vor dem Verhungern zu schützen.

Die Sozialdemokratie will den Erwerbslosen nicht Almosen, sondern Arbeit verschaffen, und solange das nicht möglich ist, den Rechtsanspruch auf eine menschenwürdige Unterbringung.

Am schwersten haben die Frauen des Freistaates unter der Wirtschaftskrise zu leiden.

Ihnen hat allein die Sozialdemokratie das Wahlrecht gegeben. Jetzt ergeht gerade an sie der Ruf der bürgerlichen Parteien, die früher die Frauen für minderwertig erklärt haben. Die Frauen aber sind die ersten Opfer der reaktionären Politik des Senats und des Bürgerblocks, die alle Lasten auf die Massen des arbeitenden Volkes abwälzt.

Die Sozialdemokratie kämpft für das Volk gegen Rückschritt, gegen Bedrückung, gegen Ausplünderung und gegen Rechtsminderung.

Sie kämpft

für den sozialen Fortschritt, gegen den sozialen Rückschritt.

Für die Wirtschaftsdemokratie, gegen Diktatur des Kapitals von Stadt und Land.

Die Verwirklichung der sozialdemokratischen Forderungen in den Gemeinden ist selbstverständlich abhängig von der Zusammenfassung der Gemeindevertreter. Wir fordern daher alle

Wähler und Wählerinnen des Freistaates auf, in allen Gemeinden die Wahlvorschläge der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu wählen.

Auf in den Kampf, alle Kräfte angespannt, alle Hände gerührt, alle Geister wach! Es

gilt das Banner des Sozialismus zu neuen Siegen zu führen!

Der Landesvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei des Freistaates Danzig.

Die Stellung der Entente zum Gutachten

Die Reparationskommission hat am Sonnabend die Antworten der alliierten Regierungen auf das Sachverständigen-Gutachten veröffentlicht.

Die französische Antwort

beleg, nach der letzten Einleitung und Bezugnahme auf den Beschluss der Reparationskommission, die französische Regierung habe mit dem größten Interesse von den Berichten der Sachverständigen Kenntnis genommen. Sie ausdrücken genau dem Ziele, das die Reparationskommission ihnen gestellt hätte, einerseits die Möglichkeit eines Ausgleiches des deutschen Budgets und die Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung zu prüfen, andererseits die Mittel zur Abstellung und Rückführung der geschlühten deutschen Arbeitskräfte nach Deutschland zu untersuchen. Die Berichte sollten die Reparationskommission inhand setzen, entsprechend Artikel 24 des Versailler Vertrages die Finanzquellen und die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen. Die Berichte der Sachverständigen bildeten ein höchst interessantes und vollständiges Ganzes, und die französische Regierung

fügte sich nur dazu beglückwünschten, dass sie die Initiative ergreifen und den Delegierten Frankreichs in der Reparationskommission entgegengebracht habe, die Beratung der Sachverständigen vorzuschlagen. Sie begrüßte die Gelegenheit, der großen Sachkenntnis, die die Experten bewiesen hätten, ihrer Unparteilichkeit und ihrem Wirklichkeitsinn Anerkennung zu zahlen. Die Regierungen könnten erst zweckmäßig eingreifen, wenn sie mit Bestimmtheit wüssten, welche praktischen Folgen die Reparationskommission den Vorschlägen der Sachverständigen gebe. Dergleichen müssten sie die Möglichkeit zu der Feststellung gehabt haben, dass die deutsche Regierung ihrerseits die erforderlichen Vorkehrungen getroffen habe, um den Beschluss der Kommission auszuführen. Es liege auf der Hand, dass diese

Entscheidung erst gefällt werden könne, wenn die Reparationskommission die Gesetzes- und Verwaltungsentswürfe genehmigt habe, um deren Unterbreitung sie die deutsche Regierung gebeten habe,

um die Ausführung des Planes zu sichern. Ebenso liege aber auch auf der Hand, dass erst nach dieser Entscheidung die alliierten Regierungen in der Lage sein würden, die Konklusionen, die ihrer Kompetenz unterständen, abzuschließen. Damit der vorgelegte Plan sobald wie möglich seine volle Wirksamkeit erlangt. Die deutsche Regierung könne jedoch in diesem Falle nicht auf gleichem Fuße wie die alliierten Regierungen behandelt werden. Die Sachverständigen hätten übrigens erklärt, dass nach ihrer Ansicht die deutsche Wirtschaft- und Finanzsituation wiederhergestellt werden müsse, sobald der vorgelegte Plan zur Ausführung gebracht wäre. Die Regierungen würden untereinander die Frage zu prüfen haben, unter welchen Bedingungen die gegenwärtig in der Hand Frankreichs und Belgiens befindlichen Pfänder zum Gegenstand einer Verpfändung oder eines Austausch mit denen gemacht werden sollen, die ungeteilt sämtlichen Alliierten übergeben würden.

Aber diese Operationen könnten erst stattfinden, wenn Deutschland den Plan effektiv zur Ausführung gebracht habe, und es sei Sache der alliierten Regierungen, im gegenseitigen Einvernehmen die Garantien zu bestimmen. Die diese Operationen erforderlich machen könnten.

Die belgische Antwort

beginnt mit der Versicherung, dass der Sachverständigenbericht mit größtem Interesse geprüft worden sei. Die unbestreitbare Sachkunde der Experten und die Mitwirkung Amerikas haben ihren einmütigen Beschlüssen hohe Bedeutung verschafft. Die belgische Regierung sei bereit, die Entscheidung der Sachverständigen als Ganzes anzunehmen, zum Zwecke einer praktischen und gerechten Lösung der Reparationsfrage. Die belgische Regierung hoffe, dass die Reparationskommission keine Zeit verlieren und beschleunigt die Maßnahmen durchführen werde, deren Festlegung das Gutachten ihr überlassen habe, damit wenn die Arbeit fertiggestellt sei, der empfohlene Plan im gegenseitigen Einvernehmen der alliierten Regierungen zur Durchführung gebracht werden könne.

Die englische Note.

Die Empfehlungen der Sachverständigen für die englische Regierung seien

ganzen Reparationsjubiläum Deutschlands dar, und die notwendigen Modifikationen des Londoner Zahlungsplanes wegen nach ihrer Ansicht innerhalb der Kompetenz einer einstimmigen Entscheidung der Reparationskommission, erfordern jedoch keine besondere Vollmacht der in der Kommission vertretenen alliierten Regierungen. Die einzigen Empfehlungen der Sachverständigen, die unter die Zuständigkeit der alliierten Regierungen fallen, sind nach Ansicht der englischen Regierung folgende: a) die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit der deutschen Regierung über das gesamte deutsche Gebiet, b) die notwendigen Schritte, um neue Garantien und Kontrollmaßnahmen, soweit sie nicht durch die bestehenden Bestimmungen des Versailler Vertrages eingekleidet sind, wirksam zu machen, c) die Zusammenfassung aller finanziellen Lasten Deutschlands aus dem Friedensvertrage in einer Annuität. Hinsichtlich des ersten Punktes ist die englische Regierung bereit, den Sachverständigenempfehlungen volle Unterstützung zu geben und in Beratung mit den anderen interessierten alliierten Regierungen alle nötigen Schritte zu ergreifen, um in kürzester Zeit volle Wiederherstellung zu erreichen. Hinsichtlich des zweiten Punktes bleibt, nachdem die deutsche Regierung bereits ihre Zustimmung gegeben hat, nur übrig, der Zustimmung formelle Wirkung zu verleihen. Die englische Regierung ist bereit, in dieser Beziehung alles zu tun, was als das Angemessenste und Wirkungsvollste zu diesem Zweck erscheint. Hinsichtlich des dritten Punktes nimmt die englische Regierung die Empfehlung der Sachverständigen an. Sie ist bereit, ihrerseits die Reparationskommission um Vorschlag eines Planes für die Durchführung dieses Punktes zu bitten.

Die italienische Regierung

erklärt, nach der Einleitung ihrer Antwort, die mit dem Inhalt der übrigen übereinstimmt, da der Inhalt der beiden Sachverständigenberichte von der italienischen Regierung als ein unteilbares Ganzes betrachtet werde, habe diese mit Genugtuung festgestellt, dass die Reparationskommission sie in ihrer Gesamtheit angenommen habe, und sie sei sicher, dass die Kommission jetzt rasch ihr Werk weiter betreiben könne.

Die Antworten der vier beteiligten Regierungen an die Reparationskommission werden, wie Savas mitteilt, auf der Tagesordnung der offiziellen Sitzung der Reparationskommission am Dienstag, den 29. April, stehen.

Festungstraien für die Hitlerischen Räuberbanden.

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat in einer Waffervereinbarung in Sieglitz am Freitagabend ganz offen angegeben, dass er seinerzeit gegen Bayern nicht eingeschritten sei wie gegen Sachsen und Thüringen. Wenn man ihm vorwerfe, dass das mit „zweierlei Maß“ gemessen sei, so nehme er diesen Vorwurf auf sich; denn man könne „politisch verführte Nationalidealkämpfer“ nicht ebenso behandeln wie „räuberische Horden, die mit Sowjetgeld bezahlt“ würden. Mit diesen Sähen bekennt sich der frühere volksparteiliche Reichskanzler ganz offen zur doppelten Moral und zu der These, dass in Deutschland zweierlei Recht herrschen dürfe. Diese These wurde am Sonnabend in München vom Staatsanwalt beim Volksgericht unterrichtet, der gegen die räuberischen Ludendorff-Banden die ehrenvolle Festungstrafe beantragte. Er tat das in voller Pose des Hilters verletzten Rechts, indem er zornbeben auf die Schwere der strafbaren Handlungen hinwies, aber als mildernden Umstand in Rechnung stellte, dass die Pfänderer und Strauchritter ihren Führern Hitler und Ludendorff Gehorsam gelobt hätten. Er schloß mit dem bekannten Satz, daß „Recht Recht bleiben“ müsse. Nun sieht dieses Recht in Deutschland so aus: Als Rathenau gefickt wurde und die Empörung der republikanischen Arbeiter an allen Orten zum Himmel schlug, vergriffen sich einige von ihnen auch an Hafentrafikanten und ionischen monarchistischen Abzichten. Dafür wurden sie in Tü und Weh wegen schweren Landfriedensbruchs angeklagt und vielfach zu langdauernder Gefängnisstrafe verurteilt. In Thüringen ist nach Ende März eine Anzahl sozialistischer Arbeiter von der Strafkammer zu vielen Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie mit den Teilnehmern eines bürgerlich-fiskalischen Kommerzes in Prügelei geraten waren. Das wurde ihnen als schwerer Landfriedensbruch angekreidet. Die Tagelöhner aber, die in München Sturmtruppen spielten, die „Münchener Post“ demolierten, die Frau unteres Geosses ihrer mißhandelten, in ihrer Wohnung die Schränke zertrümmerten, das Geschirr zertrümmerten und die Wände durcheinander warfen, die schließlich die sozialistischen Stadträte aus der Magistratswohnung holten, sie teilweise auf schwerste mißhandelten, mit Erschießung, Erstickern und Berretzen bedrohten, diese Tagelöhner sollen nach dem Willen des Staatsanwalts mit Ehrenhaft prämiert werden. Warum? Weil sie unter dem Kommando Ludendorffs standen und weil sie nach Stresemann „verführte Nationalidealkämpfer“ darstellen. Selten ist in der letzten Zeit so kraß das zweierlei Recht in Erscheinung getreten, als in dem Vergleich zwischen dem letzten Münchener Strafantrag und den Urteilen, die bisher gegen sozialistische Arbeiter gefällt wurden. Ludendorff steht an der Spitze der Reichskasse der rassistischen Werdpartei. Er ist der Bannerträger der Elemente, deren Schandtat sich vor dem sogenannten Volksgericht abgeurteilt werden. Die Volks-Zentrale in Mitteldeutschland und sogar die Hoigardisten während der Münchener Mäzezeit haben nach einwandfreiem Zeugnis nicht so schamlos gehandelt, als die Ludendorff-Banden am 8. und 9. November 1923. Die Volks-Zentrale und wie ihr Führer zu langjährigem Justizhaus verurteilt. Die Ludendorff-Banden aber sollen auf

Das Parlament der Sozialdemokratischen Partei.

Gestern waren die gewählten Vertreter der Vereine der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei im Volkstage zusammengekommen. Trotz des nicht besonders günstigen Zeitpunktes waren auch die Delegierten vom Lande an vertreten; allerdings hatte die verspätete Frühjahrseinstellung mancher Vertreter vom Besuch der Tagung abgehalten. Die Beratungen waren mehr geschäftsmäßiger Natur, doch boten sie auch Raum für eine Aussprache über die wichtigsten politischen Vorgänge. Davon wurde allerdings wenig Gebrauch gemacht, da das Interesse sich hauptsächlich auf die Organisationsfragen konzentrierte. Neben dem Geschäftsbericht des Landesvorstandes löste besonders die Aenderung des Parteistatuts eine längere Debatte aus. Die Beratungen zogen sich, obwohl ihnen eine vorbereitende Sitzung des Parteiaussschusses vorausgegangen war, bis in die späten Abendstunden hin. Wenn auch die Hauptpunkte der Statutenänderung hart umstritten waren, so verlief die Debatte doch sachlich. Der harmonische Ausklang legte Zeugnis ab, von der starken Geschlossenheit der Partei, die sich auch weiterhin nothwendig zum Wohle des erwerbstätigen Volkes auswirken wird, wenn nun mit neuer Kraft an die Arbeit für die sozialistische Organisation hingeworfen wird.

Der Parteitag wurde um 10 Uhr eröffnet. Die „Freien Sängern“ gaben der Tagung durch eindringliche Gesangs-vorträge eine würdige Einleitung. Gen. Brill wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Aufgaben des Parteitages hin, wobei er in großem Rahmen die wichtigsten politischen Strömungen beleuchtete. Der Parteitag müsse neue Waffen schmieden für den Freiheitskampf der Arbeiterschaft. Seine tiefangelegten Ausführungen fanden starke Zustimmung.

Die Tagesordnung sah vor: 1a. Tätigkeitsbericht der Parteileitung (Gen. Mau). b. Bericht des Zeitungsverlaages (Gen. Finken). c. Bericht der Pressekommission (Gen. Finken). 2. Statutenberatung. (Als Berichterstatter trat für den erkrankten Gen. Gehl der Gen. Brill ein). 3. Wahlen. 4. Anträge.

Die Zusammensetzung des Parteitages ergab folgendes Bild: 53 Delegierte (Danzig 22, Großes Werder 18, Höhe 6, Niedering 6, Joppot 2) 13 Mitglieder des Parteiaussschusses, 7 vom Landesvorstand, 9 Vertreter der Volkstagsfraktion, je einer der Geschäftsleitung, Redaktion und Pressekommission der „Volksstimme“ und des Bildungsausschusses.

Der Geschäftsbericht der Parteileitung

wurde vom Gen. Mau erstattet. Eine gedruckte Uebersicht über den Stand der Organisation und die Tätigkeit des Landesvorstandes lag den Delegierten gedruckt vor. Zusammenfassend ist den mündlichen und schriftlichen Berichten folgendes zu entnehmen:

Das Geschäftsjahr wurde durch den erfreulichen Erfolg bei der Stadtverordnetenwahl in Neuteich verheißungsvoll eingeleitet. Der Landesvorstand sei in erster Linie beabsichtigt gewesen, die Propaganda für die sozialistische Idee über den ganzen Kreis auszudehnen. Voraussetzung dafür war, die Organisation aktiver zu gestalten. In Danzig wurde zu diesem Zweck der Funktionärkreis erweitert und zur Mitbestimmung herangezogen. Dadurch ist eine größere Schlagkraft der Organisation erreicht. Auch die Mitgliederzahl in der Stadt wurde wesentlich gesteigert. Auf dem Lande konnte die Zahl der Ortsvereine von 44 auf über 70 erhöht werden. Auch die Mitgliederzahl ist auf dem Lande entsprechend gestiegen. Dieser Aufstieg sei trotz der durch die Inflation verursachten Zerrüttung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der darauf folgenden umfangreichen Arbeitslosigkeit erzielt worden. Auch die Finanzkraft der Partei habe sich trotz der rasenden Geldentwertung erhalten und alle Aufwendungen, auch für den Wahlkampf, hätten aus den laufenden eigenen Mitteln bestritten werden können. Das sei nur der großen Opferwilligkeit der Parteimitgliedschaft zu verdanken. Um jedoch allen Anforderungen besser gerecht zu werden und besonders die kulturellen Aufgaben der Partei besser erfüllen zu können, sei eine Neuordnung der Beiträge erforderlich.

Der Berichterstatter beleuchtete dann die wichtigsten Vorgänge in der Partei im ersten Geschäftsjahr. Die Einigung habe den öffentlichen Einfluss der Partei wesentlich gesteigert. Am Anhalt daran seien die Uebersicht der kommunistischen Bewegung, die von Gen. Schmidt sowie des Abg. Reichle von den Deutschnationalen sowie Stamski vom Zentrum zu verzeichnen gewesen. Bei der Volkstagswahl habe die Partei gut abgeschnitten. Die Stellung zu der sich aus der neuen Parteikonstitution ergebenden Frage der Neubildung der Regierung wurde von allen Körperschaften der Partei übereinstimmend erklärt. Die neuen Parteien im Volkstag entfallen zunächst aus Initiativberechtigung eine wilde Flut von Anträgen. Diese Initiativpolitik wurde von der Vereinigten Sozialdemokratie nicht mitgemacht. Trotzdem ist ihre Politik in den weitesten Kreisen der Bevölkerung populär, so daß schon heute der Volkstag nicht mehr das Zielgebilde der am 18. November irreführenden Volksmeinung darstelle. Die Regierung könne ihre Vorlagen nur mit Hilfe ihres wechselnder Mehrheiten zur Annahme bringen, woran sie früher oder später scheitern müsse. Auch die Enthüllungen des früheren Senators Jewelowski haben die Regierung sehr erschüttert. Ein Neubildung des Senats käme jedoch erst nach Aenderung der Parteiverhältnisse in Frage. Für die Vereinigte Sozialdemokratie gelte es durch eifrige Stärkung der Partei den Boden für eine stärkere Nachentwicklung vorzubereiten. Die Voraussetzungen dafür müsse der Parteitag schaffen, um den Sozialismus bald der Verwirklichung entgegenzuführen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Ueber den Stand der „Volksstimme“

berichtete Gen. Finken. Er gab eine Uebersicht über die Entwicklung des Zeitungsunternehmens. Vor dem Kriege konnte die damalige „Volksstimme“ nur durch die weitgehende finanzielle Unterstützung der Partei aufrechterhalten werden. Nachdem im Jahre 1919 für die Zeitung eine selbständige Druckerei geschaffen werden konnte, sei es trotz der schweren finanziellen Verhältnisse möglich gewesen, das Unternehmen erfolgreich zu entwickeln. Heute sei der Vertrieb über alle Kreise hinweg und könne an einen planmäßigen Ausbau des Unternehmens und der Zeitung gedacht werden. Es werden insgesamt fast 50 Personen im Druckerei- und Zeitungsbetrieb voll beschäftigt. Außerdem sind etwa 150 Personen in Stadt und Land für den Vertrieb der „Volksstimme“ tätig. Die Auflage der Zeitung ist ständig im Steigen. Besonders erfreuliche Fortschritte seien auf dem Lande zu verzeichnen, wo die Auflage in kurzer Zeit verdreifacht werden konnte. Auch in der Stadt sind zahlreiche neue Leser gewonnen, doch müßte auf den Arbeitsplätzen, in Betrieben und Büros noch eifriger für die „Volksstimme“ agitiert werden. Geschäftsleitung und Redaktion würden weiter bemüht sein, die Zeitung auszuweiten, worüber Redner einige Aufklärungen gab. Hand in Hand damit müsse eine unab-

lässige Agitation auf Werbung neuer Leser gehen, um die Kampfkraft der Partei zu stärken.

Anschließend gab Gen. Piarski eine Uebersicht über

die Tätigkeit der Pressekommission.

Das Organisationsstatut habe der P.-K. enge Grenzen gezogen. Im Rahmen der Befugnisse haben ihre Mitglieder dennoch versucht, Einfluß auf die Ausgestaltung der Zeitung zu nehmen. Beschwerden über die Redaktion lagen nicht vor, doch sind die Ansichten über die verschiedenen Redaktionsgebiete mehrfach ausgetauscht. Redner verbreitete sich ausführlich über die Frage, wie weit die Voranstellung der Danziger Politik auf Kosten der weltpolitischen Vorgänge angebracht sei. Bei den geschäftlichen Revisionen ist alles in Ordnung befunden worden.

Bericht der Frauenkommission.

Es fanden statt: 12 Frauenkommissionsitzungen, 8 Frauenmitgliederversammlungen, 1 öffentliche Frauenversammlung.

In den Sitzungen und Versammlungen beschäftigte sich die Frauenkommission neben agitatorischen und organisatorischen Angelegenheiten in der Hauptsache mit der sozialen Fürsorge und mit den wichtigsten politischen Tagesfragen.

Tätigkeitsbericht des Bildungsausschusses.

Zur Aufklärung über die Sozialversicherung wurde vom Gewerkschaftssekretär Klobowski über die Einführung in die Sozialversicherung gesprochen. Der Genosse Finken setzte sich in einem Einzelvortrag mit dem Finanz- und Währungsproblem auseinander. Einen Einzelvortrag über „Wichtige Pädagogik im Schulwesen“ hielt Gen. Lehrer Beyer. In das Gebiet des Steuerwesens führte ein Vortrag des Arbeitersekretärs Gen. Reef. Die Teilnehmerzahl an diesen Kursen und Vorträgen bewegte sich zwischen 20 und 45. Ganz besondere Aufmerksamkeit fand ein Kursus von sechs Abenden über „Grundbegriffe der Philosophie“, den der Genosse Dr. Hint übernommen hatte. Er hatte insgesamt 37 Besucher. Da sich auch ein hartes Interesse für Einführungsabende in die Musik zeigte, wurden vom Genossen Dr. Kamnitzer drei Vorträge mit einer Teilnehmerzahl von 372 abgehalten. In der Hauptsache beschäftigten sich diese Vorträge mit dem Wirken einzelner großer Komponisten und wurden musikalische Erläuterungen aus ihren Werken geboten. Auch dem Gebiet der modernen Arbeiterdichtung wurde Beachtung geschenkt in einer Vorlesung über „Arbeiterdichtung“ von Willibald Dmanowski. Viel Anklang fand auch ein Lichtbildvortrag des Gen. Dr. Bing über „Die Eiszeit in unserer Heimat“.

Von den Veranstaltungen in der letzten Zeit soll auch der Vortragskursus des Genossen Gnaelbert Graf erwähnt werden, der sich an 6 Abenden mit den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen und den Zielen des Sozialismus beschäftigte. Auch dieser Kursus wies eine stattliche Teilnehmerzahl auf.

Die Aussprache über die Berichte

eröffnete Gen. Behrend. Er trat für eine möglichst positive Politik ein, damit die Partei nicht unvorbereitet sei, wenn sie einmal angeworben sei, die Regierung zu übernehmen. Der Ausbruch der Volkstagswahlen sowie die Tätigkeit des Landesvorstandes könnten nicht beirriden. Besonders in Danzig-Stadt müsse die Wirksamkeit zur Ausgestaltung der Partei gegeben werden. Nöwendig wäre eine viel härtere Tätigkeit der Partei und Presse auf kulturellem Gebiete. Dazu zählt Redner in erster Linie die Bekämpfung des Alkohol. Es sei auch ein unwürdiger Zustand, daß die „Volksstimme“ Neblameinhalte der Alkoholindustrie aufnehmen. Durch einen entsprechenden Antrag forderte Redner Abhilfe.

Genossin Malikowski ging besonders auf die Gewinnung und Schulung der Frauen für die Partei ein. Vor allen Dingen auf dem Lande müsse in dieser Hinsicht durch eigene Frauen Versammlungen mehr getan werden. Sie erläuterte eingehend die Arbeit der Frauenkommission. Auf dem Gebiete der Fürsorge habe man sich auch praktisch betätigen können. So sind die notleidenden Familien der verurteilten Soldaten und einige andere bedürftige Familien unterstützt. Die Hauptaufgabe bleibe jedoch die politische Aufklärung der Frauen. Nöwendig sei auch eine entsprechende Berücksichtigung der Frauen bei der Neuwahl der Gemeindevertretungen.

Genossin Peu bezeichnete eine stärkere Auswertung der Tätigkeit des Volkstages und der Stadtdirektion in der Presse für notwendig. Besonders das Gebiet der Wohlfahrtspflege und sozialen Fürsorge müsse ausdehnter behandelt werden. Damit seien die Frauen am ehesten zu interessieren und für die politische Tätigkeit zu gewinnen und zu schulen. Auch die Jugendbewegung müsse von der Parteileitung und den Ortsvereinen besser berücksichtigt werden. Nach einer halbstündigen Mittagspause nahm die Aussprache um 1/2 Uhr ihren Fortgang.

Gen. Piep kritisierte, daß vom Landesvorstand zur Volkstagswahl die Hausagitation nicht durchgehend genug angewendet sei. Die Arbeit des Bildungsausschusses müsse erheblich erweitert werden. Die Volkshochschule werde den Anforderungen der Arbeiter nicht gerecht. Ihr müsse daher vom Bildungsausschuss etwas Besseres entgegengestellt werden.

Gen. Abg. Schmidt erklärte die Richtung der Volkstagsfraktion und Presse nicht für genügend scharf. Die Fraktion sei zu intellektuell eingestellt und berücksichtige zu wenig das Geschäftsleben der Arbeiterschaft zu wenig. Auch auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft müsse bei der Stellungnahme zu den einzelnen Gesetzen mehr Bezug genommen werden.

Gen. Barwien ging auf einzelne Pressefragen ein. Auf dem Gebiete der Jugendbewegung müsse der Parteivorstand mehr Tätigkeit entfalten.

Gen. Finken wies darauf hin, daß die Förderung der Jugendbewegung von der Stellung geeigneter Personen abhängig sei. Der Ausbau der Presse werde von niemandem notwendiger anerkannt, als von der Redaktion. Die zu starke Voranstellung Danziger Fragen in der Politik auf Kosten der weltpolitischen Vorgänge bringe die Gefahr der Kräfteverteilung mit sich. Die Politik der Welt, von der Danzig abhängig sei, werde in London, Paris und New York gemacht und die Beleuchtung der Politik der Großmächte sei oft wichtiger als die auf der Weltbühne untergeordneten politischen Fragen. Aufgabe des Parteivorstandes und auch der Organisation sei es, daß die Parteimitgliedschaft zur aktiven Anteilnahme an den Vorgängen in der Weltpolitik herangebildet werde.

Gen. Gacke-Stegen schilderte die Nöwendigkeit intensiver Aufklärungsarbeit auf dem Lande.

Gen. Roggenbuck-Langjahr bezeichnete eine entschiedene Frontnahme gegen die deutschnationale Bewegung als notwendig. In den Gewerkschaften müsse eine stärkere wirtschaftspolitische Einstellung Platz greifen.

Gen. Rathenau-Joppot und Lieb-Danzig gingen auf die bereits behandelten Fragen der Ausgestaltung der Presse und Organisation näher ein.

Gen. Stukowski-Eichwalde sprach sich mit Nachdruck für eine gesteigerte Agitation zu den Gemeindevahlen aus. Durch eine gute Politik in den Gemeindevahlen könne die Arbeiterbewegung auf dem Lande am besten gefördert werden. In den Versammlungen müßte mehr Wert auf Bildungsarbeit gelegt werden. Durch die Auszubildung der Funktionäre auf dem Lande würde dem Mangel für die Landagitation am besten abgeholfen werden.

Gen. Kolsch-Emlage und Katter-Brentan verbreiteten sich über Einzelfragen zur Neuwahl der Gemeindevorteilungen.

Gen. Wischniewski-Paument forderte eine größere Unterstützung der Arbeiterbewegung durch Partei und Presse.

Gen. Sterke-Kaufmann wandte sich gegen die müßige Agitation, die die Kommunisten gegen die Sozialdemokratie betreiben. Wenn die Beschimpfungen nicht aufhören, müßte die Parteidruckerei die Herstellung der Flugblätter und Zeitungen der Kommunisten ablehnen.

Damit schloß die Aussprache über die Berichte. Gen. Finken stellte gegenüber dem Antrag auf Ausmerzung der Alkoholsteuer fest, daß der Anzeigenteil der „Volksstimme“ neutral sein und allen Geschäftsleuten zur Verfügung offenhalten müsse. Gen. Mau ging auf die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen ein. Den Antrag der Abstinenter schlug er vor abzulehnen. Der Alkohol könne nur durch Aufklärung und nicht durch Verbote bekämpft werden. Die Vorbereitungen für die Gemeindevahl seien getroffen und würde auch nachher zur Schulung der Gemeindevorteilungen alles getan werden.

In der Abstimmung wurde ein Aufruf zur Gemeindevwahl, den wir an anderer Stelle veröffentlichten, nach kleineren Änderungen angenommen. Der Antrag auf Entalkoholisierung des Anzeigentells der „Volksstimme“ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Abänderung des Organisationsstatutes.

Zur Reform der bestehenden Satzungen der Partei lagen sowohl vom Landesvorstand, wie auch aus der Mitgliedschaft eine große Anzahl Aenderungsanträge vor. Der Parteiaussschuss hatte diese zum Teil in einer Sitzung am Sonntag vorher beraten.

Gen. Brill gab eine Uebersicht über die gestellten Anträge und vertrat zu allen beantragten Aenderungen die Meinung des Landesvorstandes. Die weitergehenden Anträge waren hauptsächlich vom II. Bezirksverein in Danzig gestellt. Sie wurden vom Gen. Marquardt umfangs- voll bearbeitet. Er wies darauf hin, daß die Organisationsform für Danzig Stadt unbedingt geändert und die Stadtbezirke wieder zu einem Ortsverein unter selbständiger Leitung vereinigt werden müßten, um durch eine größere Anteilnahme der Mitgliedschaft das geistige Leben in der Organisation zu steigern und mehr Aktivität auszulösen. Ein Antrag von Neuteich, für die Kreise die alten Kreisorganisationen unter eigener Leitung wiederherzustellen, begründete Gen. Wicher. Die Anträge lösten eine lange Debatte aus, in der die Ansichten der Delegierten wie auch des Landesvorstandes ausgiebig zur Erörterung kamen.

Die Abstimmungen

ergaben die Annahme folgender Anträge: Der Name der Partei wird im Statut offen gehalten, um die endgültige Regelung im Reich abzuwarten.

Zur Beitragsfrage wurde folgender Antrag des Landesvorstandes angenommen:

„Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg. Der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder der Bezirks- und der städtischen Ortsvereine beträgt 2 Pfg.; für ländliche Ortsvereine und für die weiblichen Mitglieder (mit dem Zusatzantrag des 2. Bezirkes sowie für Invaliden und Altersrentner) 10 Pfg.“

Der Antrag des Ortsvereins Thra, die Beiträge für männliche Mitglieder nur auf 20 Pfg. zu bemessen, wurde damit hinfällig.

Für die Aenderung der Organisation in Danzig-Stadt kamen die vom II. Bezirk gestellten Anträge mit großer Mehrheit zur Annahme. Danach bildet auch Danzig-Stadt wieder einen selbständigen Ortsverein mit einem eigenen Vorstand. Erledigt waren darauf die Anträge des Landesvorstandes, die nur eine Erweiterung der Vertreterfürsicht verrieten. Abgelehnt wurde der Antrag Neuteich auf Bildung von Kreisorganisationen.

Angenommen wurden ferner noch Anträge auf Erweiterung der Rechte der Pressekommission und Vertretung der Parteistatuten im Parteiaussschuss. Der Vertretung der Volkstagsfraktion wurde nur beratende Stimme zuerkannt. Die Delegation der Ortsvereine zum Parteitag wurde neu geregelt und zwar entfielen die Ortsvereine zu fünfzig bereits auf je 50 Mitglieder einen Delegierten. Eine besondere Vertretung der Jungsozialisten zum Parteitag wurde abgelehnt und sie auf die Delegation durch die Ortsgruppen verwiesen. Annahme fand der Antrag, zur Förderung der Frauenorganisationen freizewillige Vertreterkonferenzen für Frauen und besondere Frauenversammlungen auf dem Lande abzuhalten. Außerdem kamen noch eine Anzahl mehr formaler und redaktioneller Aenderungen zur Annahme. Die Aenderungen des Statuts sollen am 1. Mai 1924 in Kraft treten.

Es folgten dann

Die Neuwahlen der Partei-Institutionen.

Für die Neuwahl des Landesvorstandes lag folgende vom Parteiaussschuss aufgestellte Vorschlagsliste vor: 1. Vori. Brill, 2. Vori. Mau, 1. Kass. Marquardt, Schriftführer Alingenberg, Beisitzer Gehl, Werner, Behrend, Wipkeff und Genossin Malikowski. Gen. Behrend verzichtete. Vorge schlagen wurden dafür Schmidt und Händel. Gewählt wurde der Vorschlag des Parteiaussschusses unter Hinzufügung des Gen. Abg. Schmidt.

Zu Revisoren wurden gewählt Fischer, Schmidt (II. Bezirk) und Gacke-Stegen.

Die Pressekommission wurde gebildet aus: Finken, Klobowski, Kunze, Marquardt, Roggenbuck, Schmidt und Voedel-Joppot.

Der Bildungsausschuss setzt sich zusammen aus: Finken, Finken, Gacke-Stegen, Maßow und Kamm-Joppot.

Damit war die Tagesordnung des Parteitages erledigt. Gen. Brill würdigte in einem kurzen Schlußwort die Arbeit und die Beschlüsse der Tagung. Es gelte nun, die Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Die Aenderung der Organisation können nur dann zum Wohle der Partei ausschlagen, wenn Reibungen vermieden werden. Im solidarischen Zusammenarbeiten gelte es den Ausbau der Partei zu fördern, um den Sozialismus zu neuen Siegen zu führen. In ein Hoch auf die sozialistische Internationale klang der Parteitag aus.

Die Tätigkeit des Reichshundes der Kriegsbeschädigten. Der Reichshund der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hielt am Freitag seine Generalversammlung ab. Der Sekretär Schibowski gab den Geschäfts- und Klassenbericht, in welchem er die Arbeiten der Leitung des Reichshundes mitteilte. Der Klassenbericht, welcher die Zeit vom 1. November v. J. bis 31. März d. J. umfaßt, ergab eine Einnahme von 1845,26 Gld., und eine Ausgabe von 1547,99 Gld., so daß ein Verbleib von 297,27 Gld. verbleibt. Der Hund ist in stetigem Aufbau begriffen. Er besitzt ein eigenes Organ für die freie Stadt Danzig und zählt zurzeit 1500 zahlende Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder ist noch größer, da eine Anzahl Mitglieder infolge wirtschaftlicher Verhältnisse ihre Beiträge nicht erbringen können. Hier- auf hielt der Vorsitzende, Volkstagsabg. Gebauer, einen Vortrag über den Stand der Versorgung der Kriegsopter und würdigte die Stellungnahme des Volkstages und der politischen Parteien zu der Frage der Erhöhung der Renten. In der Diskussion kam eine starke Mißstimmung gegen die Deutschsozialen zum Ausdruck. Der Referent ging noch auf die Frage der Schaffung eines Erholungsanstandes für Kriegserweilten und Kindern von Kriegsbeschädigten und über die Schaffung einer Sterbensunterstützung für die Un- begrabenbliebenen.

Aus dem Osten

Königsberg. 5000 Landarbeiter streifen in den Kreisen Königsberg und Fischhausen. Sie haben den Schiedsgericht der Schlichterkammer, den wir neulich veröffent- lichten, abgelehnt und verlangen anderweitige Festsetzung ihrer vertraglichen Rechte und Pflichten. Auch christliche Landarbeiter haben sich teilweise dem Streik angeschlossen. In vielen Stellen ist bereits die Viehfütterung ein- gestellt worden, besonders schwer werden hierdurch die Güter mit größerem Viehbestand betroffen.

Königsberg. Zum Streik der Tapezierer. Seit dem 12. April befinden sich die Polsterer- und Dekorateur- gestellten Königsbergs im Streik, nachdem die Unternehmer das vereinbarte Abkommen durchbrochen haben. Um ihren Streik durchzuführen zu können, haben die Gehilfen eine Ge- nossenschaft Königsberger Tapezierer-Gehilfen gegründet.

Königsberg. Verhaftung wegen unredlicher Geschäftsführung. In Haft genommen sind von der Kriminalpolizei Landwirt Bruno Patkowski und Kaufmann Hans Hoff diese wegen Verdachts des Betruges beim der Unterschlagung. Die beiden Männer waren Inhaber der Norddeutschen Handelskompagnie, Borsdorschstraße 78/79. Diese „Gesellschaft“ befaßt sich insbesondere mit Vermittlung von Hypotheken auf Landgrundstücken. Auf Grund von Anzeigen über unredliche Geschäftshandhabung, die aus der Provinz eingegangen waren, nahm die Kriminalpolizei eine Durchsuchung der Geschäftsräume vor und stellte dabei fest, daß mehr als 30 Sandwirten, die Anträge auf Beschaffung von Hypothekengeldern gestellt hatten, sogenannte Unkosten- vorstöße bis zu fünfzig Prozent abgenommen und täu- schlich Anträge auf Gelder zu 2 schon im Februar d. J. mit der Verüberung, sie in kürzester Zeit zu acht Prozent Zinsen zu beforschen, in Aussicht gestellt worden waren. Den Antragstellern wurde erklärt, daß es sich um Staatsgelder handle, die zu dem niedrigen Zinsfuß auf höhere Grundstücke vergeben würden. Anschließend ist es den beiden Vermittlern nur um die Einziehung der Vorstöße zu tun gewesen.

Königsberg. Kurze Kreuze. Einen tragischen Tod fand der 43 Jahre alte Arbeiter Gustav Kusch aus Auditen bei Königsberg. Nachdem er mehrere Wochen hindurch ausgezehrt gewesen war, fand er jetzt in einem am Freilich gelegenen Park wieder Arbeit. In der Kreuze darüber ging er nach Schluß mit Arbeitskollegen in eine Wirtschaft, um etwas zu trinken. Anschließend hat er dann in der auf dem Holsteiner Baum am Freilich herrschenden Dunkelheit den Weg verlassen und ist in den Strom geworfen und ertrunken. Am anderen Morgen fand man die Leiche. Der Verunglückte hinterließ eine Familie in dem traurigsten Verhältnisse.

Sollnow. Das Ende einer unglücklichen Liebe. Der Arbeiter Schönbach verurteilt dort mit der Witwe Gallas ein Eheverhältnis. In der letzten Zeit machte die Gallas von Selbstmord nichts mehr wissen. Man erfuhr hier in der Wohnung der Gallas, verließ sie immer sich die Tür und gab einem Sohn auf die Witwe ab, einen gewissen Mann auf deren Tochter Ida und einen dritten Sohn auf sich selbst. Während Winter und Sommer mehrere Ver- leumdungen von Selbstmord infolge sei.

Stettin. Zur Metallarbeiterauslieferung. Seit dem 21. März sind 1000 Arbeiter des Eisenwerkes „Pant Arsen“ in Zwickauer-Arbeitslager bei Zwickau an-

gesperrt, weil sie nicht gewill sind, in einer zehntägigen Arbeitsfrist mit zweifelhafter Bereitwilligkeit zu arbeiten. Die Arbeiter haben jetzt erneut einstimmig beschlossen, im Kampf auszuharren. An der Entschlossenheit der Arbeiter- schaft, die hinter ihren Organisationen steht, sind bisher alle Forderungen der Direktion des Werkes gescheitert. Die Direktion versucht nun, Arbeitskräfte aus dem Ruhrgebiet und andern Teilen Deutschlands heranzuziehen. Man spiegelt den Arbeitern vor, daß in Stolzenhagen-Krattwied eine neue Fabrik aufgemacht worden sei, in der Fachleute bei freier Kost und 75 Pfg. Stundenlohn Beschäftigung finden könnten. Es sind bereits eine Anzahl solcher Arbeiter ange- worben und auch eingetroffen. Sobald diese Arbeiter aber bemerkten, daß sie ihren ausgeperrten Kollegen in den Rücken fallen sollten, verweigerten sie die Arbeit.

Durch Arbeitsruhe am 1. Mai soll ihr eintreten für

Nachmittagsruhe, Völker- friedens u. Arbeiterschutz

Aus aller Welt

Sturm und Hagelschlag in Berlin. In den ersten Nachmittagsstunden des gerügten Sonntag wurden die nördlichen Bezirke Berlins von einem mit Hagelschlag und Sturm begleiteten Gewitter heimgesucht, das besonders in Regal großen Schaden verursachte. Der auf dem Schloss- platz errichtete Panderitzkuss-Blumenfeld wurde kurz vor der ersten Verhüllung durch den Sturm umge- stürzt. Verletzte und nicht zu Schaden gekommen. Da- gegen schätzte der Besitzer des Anwesens den ange- richteten Schaden auf 20-30000 Gld. Auf der Soree bei Grünau lenktete infolge des Sturmes gleichzeitig zwei Seachboote. Die Anwohner beider Boote konnten durch Motorboote gerettet werden.

Polen Internationaler Strafenlauf quer durch Berlin über 2 Meilen, gegenm. Schieds-Vertrag aus Siea. Bei den Wehern gewonnene Stewer-Verträge vor dem Altemer Wäcker. — Bei der ersten diesjährigen Radfahr- Berlin-Cottbus-Berlin gegenm. Schieds-Vertrag bei den Berufsfahrern. Nur-Berlin bei den Amateuren. — Am Deutschen Stadion in Gropewald fand ein Rad-„Kampf“ Berlin-Budapest statt. Die Budapester Mannschaft siegte mit 4:1.

Ein Eisenbahnunfall bei Euston (England) hat vier Todesopfer gefordert.

Schiffsverloren im Meer. Der britische Handels- dichter „Glen of Singapore“ ist im Hafen von Adelaide (Australien) im Brand geraten. Die Rettungsarbeit war mit dem Sinken des Schiffes fast als erfolglos zwei fährbare Ertrinkene erlöseten, durch die drei Personen gerettet und 15 Tote verstorben wurden. Zahlreiche andere Personen erlitten leichte Verletzungen.

Grabenunfall in Weiden. Auf der Grube von Weiden- wald ereignete sich eine sehr schwere Explosion. Sieben Personen wurden verletzt, eine große Anzahl mehr oder minder schwer verletzt.

Unfall von schwerer Verletzung. Wie aus Köln gemeldet wird, wurde an einem der Überwege in Remagen eine Frau auf der Abwärtsbrücke von schweren Schlägen an- geschlagen, in eine Kammer geschleudert, verarmaltet und er- drockelt. Zwei von den an der Unrat beteiligten Soldaten sind bereits verhaftet worden.

Der Tod des Generalen durch Feuer verdrückt. Sämt- liche Hofbeamte der an der Spitze des Staates stän- dende am 21. März im großen Saal der Stadt von Hof de Generalen und hoch geehrt worden. Der Schaden ist sehr beträchtlich, besonders da auch die Schlosser, in denen große Mengen von Stoffen und anderen Kostbar- keitswerten verwahrt sind.

Aus Freude am Feuer Brandstifter. Die Einwohner- schaft des Kreises Deis wurde seit Wochen durch Brände auf den ländlichen Anwesen heimgesucht. Zur Abwehr gegen die vermuteten Brandstiftungen organisierten die Besitzer der einzelnen Ortschaften einen regulären Wachdienst. Der Breslauer Kriminalpolizei gelang es nach längeren Bemühungen, als Brandstifter einen 17jährigen jungen Mann zu verhaften, der angeblich an dem Niederbrennen von Gebäu- den große Freude zu haben.

Die meistgereiste Frau. Die Frau eines irischen Schiffs- kapitäns namens Reid glaubt, sich als die meistgereiste Frau beirachten zu können. Sie ist siebenmal um die ganze Welt gefahren und hat viele tausend Seemeilen zurückgelegt. Den Äquator hat sie 108mal passiert. Während der ganzen Zeit ihrer Weltreisen ist sie kein einziges Mal seefrank gewesen.

Die Verlobungsfester ohne Bräutigam. Im Hause des Sandwerkmachers B. in Berlin ging es hoch her. Die Brautjungfer war mit Verwandten bekränzt, und in der Wohnung selbst war die ganze Verwandtschaft und Freund- schaft versammelt, um die Verlobungsfester der Tochter mit dem Herrn „Doktor“ zu feiern. Alles war beisammen, die Tafel festlich gedeckt, aber der Bräutigam blieb aus. Fest stellte sich heraus, daß man einem Hochstapler und Betrugs- schwindler zum Opfer gefallen war. Der Dentist Richard Heidt hatte sich als Zahnarzt Dr. Heidt ausgeben, und der Meister hatte dem „Herrn Doktor“ gern die Hand seiner Tochter gegeben. In der Verlobung hatte Heidt auf eigene Kosten eine große Verlobungsfester vorbereitet. Allerdings mußte der Schwiegervater hinterher alles bezahlen. Mit dem Bräutigam waren auch eine goldene Uhrkette und ein Schmuckstück des Schwiegervaters, dessen goldene Brücke der künftige Schwiegerohn reparieren wollte, verschwunden. Die 10. Strafkammer des Landgerichts 1 verurteilte Heidt zu 3 Monaten Gefängnis.

Das verführerische Brillantenband. Das Verschwinden eines Armbandes beschäftigt die Berliner Kriminalpolizei. Ein Industrieller, der am Kurfürstendam als Junggeheile wohnt, hatte früher ein Verhältnis mit einem Mädchen, das jetzt mit einem Schlächtermeister verheiratet ist. Er machte auch die Bekanntschaft des Chemannes und erhielt öfter seinen Besuch. Aber auch die junge Frau verkehrte nach wie vor in seiner Annaellenwohnung. Nun besaß der In- dustrielle ein schönes Brillantenband, das über 3000 Gold- mark wert ist. Das Armband gefiel der früheren Geliebten so sehr, daß sie wiederholt Andeutungen machte, ob sie es nicht bekommen könne. Bisher waren diese Versuche ge- scheitert. Da lud sich die junge Frau eines Tages bei ihm zum Nachmittagsstee ein. Hierbei hat sie ihn, ihr das Arm- band doch einmal anzulegen. So geschickt trat sie auf den Balken hinaus, um, wie sie sagte, etwas Luft zu schöpfen. Plötzlich bekam sie, während der Industrielle im Zimmer ge- blieben war, einen „Nervenanfall“. Als sie sich wieder er- hob, hatte, war — das Armband verschwunden. Das Arm- band blieb vermisst. Der Industrielle aber ging selber rücksichtslos und unheimlich der schönen gemeinsam ver- lebten Stunden sofort zur Polizei. Endlich gelang die Ver- suchung, daß sie sich das Armband angeeignet habe. Sie habe es in Papier gewickelt und einwickeln in der Toilette verpackt. Aber auch hier war es nicht mehr zu finden. Vermutlich ist es einen anderen noch nicht aufgeklärten Weg ge- gangen.

Versammlungs-Anzeiger

Belegten für den Versammlungstenden werden nur bis 9 Uhr Morgens in der Geschäftsstelle im Sandkorn 4, gegen Berechnung entgegen genommen. **Zeilenpreis 15 Guldenstempel.**

Stadtbürocratsfraktion der D.S.P. Montag abend 7 Uhr: Fraktions-Sitzung.

Berlin proletarischer Freidenker für Feuerbechtung. Mitteilungsverammlung Dienstag, den 29. April, abends 7 Uhr im Internationalen Karpfensteigen. (12778)

BOEG



FÜR QUALITÄT RAUCHER

12535

Die Zwei und die Dame.

Roman von Frau Fischer.

Abraham'sches Hospital.

Es war der Name des Polizeikommissars, den Köpfer Arag ihr ins Ohr gerufen hatte.

Sie richtete sich gegen die Behauptung, jeder Mann solle zu haben, wenn der Name nicht seinen trübseligen Ge- druck auf sie.

„Denn ich mag Arag von mir selbst erregt nicht, als sie sich den Arm anlegte und ihre Stimme eine etwas Un- ruhige gab, nach ihre Unterlippen zitterte. Außerdem machte sie nicht den geringsten Versuch, ihren Kopf zu schütteln, um zu zeigen, daß sie einen klaren Verstand besaß.“

Sie sagte ihm, während sie mit dem Kopf nach hinten schielte: „Ich habe keine Namen mehr. Sie müssen mich mit einem anderen Namen bezeichnen.“

„Ich mag Sie verstehen“, ihr Arag unbehilflich fragte. „Das ist ungeschicklich“, sagte sie. „Sie treten sich ... Sie treten sich.“

„Ich bin der Name, eben wie der andere, den ich eben genannt habe. Ich habe Sie in einem kleinen Saal in Schöneberg gesehen. Ich habe Sie von einem Mann von dort gesehen.“

„Ich habe Sie mit einem Mann in Schöneberg gesehen“, antwortete sie, und nach weniger einem Schritt. „Ich habe Sie mit einem Mann gesehen.“

„In welcher Beziehung sind Sie zu dem Mann, den ich eben genannt habe? Ich habe Sie mit einem Mann von dort gesehen.“

„In Schöneberg“, sagte sie. „Ich habe Sie mit einem Mann von dort gesehen.“

„Was machen Sie? Lassen Sie mich, Abraham!“

„Sie sind ein Mann“, antwortete Abraham.

„Ich bin ein Mann“, antwortete Abraham.

„Ich habe Sie mit einem Mann in Schöneberg gesehen“, antwortete sie, und nach weniger einem Schritt. „Ich habe Sie mit einem Mann von dort gesehen.“

„In welcher Beziehung sind Sie zu dem Mann, den ich eben genannt habe? Ich habe Sie mit einem Mann von dort gesehen.“

„In Schöneberg“, sagte sie. „Ich habe Sie mit einem Mann von dort gesehen.“

„Was machen Sie? Lassen Sie mich, Abraham!“

„Sie sind ein Mann“, antwortete Abraham.

„Ich bin ein Mann“, antwortete Abraham.

„Was machen Sie? Lassen Sie mich, Abraham!“

„Sie sind ein Mann“, antwortete Abraham.

„Ich bin ein Mann“, antwortete Abraham.

„Was machen Sie? Lassen Sie mich, Abraham!“

„Sie sind ein Mann“, antwortete Abraham.

„Ich bin ein Mann“, antwortete Abraham.

„Was machen Sie? Lassen Sie mich, Abraham!“

„Sie sind ein Mann“, antwortete Abraham.

Raum zwanzig Minuten, nachdem das Auto die Villa ver- lassen hatte, war Arag wieder bei der Gitterforte. Da die Worte verflochten war, irrgang er über den Raum. Eine Weile blieb er launisch stehen. Er hörte nur das leise Sä- ueln des Windes im Verhüllend; durch die Fichte aber konnte er sehen, daß noch Licht in der Villa war. Ein matter Schein fiel durch einen dunkelroten Vorhang. Arag schlich sich ans Fenster. Und da die Vorhänge nicht ganz geschlossen waren, konnte er hineinsehen.

Frau Sonia war drinnen. Arag wurde von einer ner- wigen Unruhe befallen, als er sah, womit sie beschäftigt war.

Sie hatte das Feuer im Kamin angezündet und hand jetzt darüber gebeugt und überantwortete dem flammenden Nachen Brief auf Brief. Er ließ sie jeden Brief flüchtig; dann warf sie ihn ins Feuer. Ihr schönes Gesicht hatte einen gedankenvollen, wehmütigen Ausdruck. Arag empfand ein gewisses Mitleid bei ihrem Anblick. Gleichzeitig aber hatte er den Eindruck, daß sie einen Aufbruch vorbereitete oder einen Abschied machte. Er wandte sich der Küchenette- des Hauses zu. Er ging sehr leise, um nicht die Aufmerksamkeit des Dienstmädchens zu erregen; daß Frau Sonia ihn auf dieser Seite nicht hören konnte, mußte er.

Die Tür war natürlich verriegelt, aber Arag besaß eine fabelhafte Geschicklichkeit, sich gewöhnliche Schlösser zu öffnen. Er probierte nicht viele von seinen Schlüsseln, bevor das Schloss nachgab.

Er kam in einen Vorraum. Da aber etwas Licht von dem kleinen Nachhimmel durch die Türscheibe drang, ver- harrte er regungslos, bis er die Umgebung unterseiden konnte.

Frau Sonia hatte nichts gehört. Sie hand und ver- brannte ihre Briefe, einen nach dem anderen.

Indessen war der Chauffeur, nachdem er den Schriftsteller abgesetzt hatte, zum Grand Hotel gelangt. Er hatte Arag das Briefchen gegeben, den Brief dem Adressaten verhö- lich zu übergeben. Er wartete in der Halle, bis Herr Kraus' herunterkam. Als er kam, überreichte er ihm den Brief und eine Weg. Doch er nicht wartete, achsel auf Arag's ausdrück- lichen Verbot.

Der Chauffeur las den Brief und nachdem er ihn gelesen hatte, bemerkte er ein Automobils, das ihn nach Weimar fahren sollte. Da war Arag's Chauffeur bereits mit einem anderen Brief unterwegs, der eine andere Adresse hatte.

In der Villa aber hatte sich in diesem Augenblick, daß Ab- lichen Arag zu Frau Sonia ins Zimmer getreten war. (Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten

Neuer Tarifvertrag für die Danziger Werft.

Zwischen den Metallarbeiterverbänden und der Generaldirektion der Danziger Werft und Eisenbahnwerkstatt ist ein neuer Tarifvertrag zustande gekommen, der durch die Mündigung des bisherigen Vertrags eine Notwendigkeit geworden war. Der neue Vertrag gilt für die Arbeiterchaft beider Betriebe ab 11. April 1924.

Als Arbeitszeit ist die gewöhnliche achtstündige festgelegt. Falls die Arbeitszeit durch Gesch. begrenzt geregelt wird, so gilt diese für den Vertrag. Andernfalls wird neu verhandelt. Die Zuschläge für die Überstunden sind neu geregelt und zwar für die erste 10 Prozent, für die zweite und dritte 25 Prozent, für alle weiteren und Sonntagarbeit 50 Prozent. Zuschlag zu dem jeweiligen Grundlohn. Jede Nebenbeschäftigung in anderen Betrieben nach der achtstündigen Arbeitszeit ist beiden Parteien, Unternehmern und Arbeitern, strengstens untersagt.

Diese Bestimmung hat den Zweck, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Grundlöhne sind wie folgt geregelt:

Als Arbeitszeit 55 Pfg., gelernte Arbeiter über 24 Jahre 53 Pfg., gelernte Arbeiter von 20-24 Jahren 51 Pfg., angelernte Arbeiter unter 20 Jahren 50 Pfg., angelernte Arbeiter über 24 Jahre 49 Pfg., angelernte Arbeiter von 20-24 Jahren 48 Pfg., angelernte Arbeiter unter 20 Jahren 47 Pfg., ungelernete Arbeiter über 20 Jahre 46 Pfg., jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren 18 Pfg., unter 16 Jahren 23 Pfg., unter 17 Jahren 26 Pfg., unter 18 Jahren 31 Pfg., unter 19 Jahren 35 Pfg., unter 20 Jahren 40 Pfg.

Lehrlinge erhalten im ersten Jahre 6, im zweiten 9, im dritten 12, im vierten 16 Pfg.

Frauen, die als Sacharbeiterinnen tätig sind, erhalten 70 Prozent des Lohnes der angelernten männlichen Arbeiter der jeweiligen Altersklasse. Alle anderen Arbeiterinnen 70 Prozent des Lohnes der ungelernen männlichen Arbeiter. Die Löhne nicht vollwertiger Arbeiter sowie der Schwerkrankenbeschäftigten werden von Fall zu Fall unter Mitwirkung des Betriebsrats festgesetzt.

Diejenigen Arbeiter, die nicht in Afford arbeiten können, erhalten einen Zuschlag zum Grundlohn und zwar:

In der ersten Gruppe, zu denen gehören Vorarbeiter, Kontrollenre, Betriebsratsmitglieder, Arbeitervertreter, Werkzeugschneider, Anreiber, Elektromonteur, Prüfungsarbeiter, Instandhalter, Funkentelegraphenarbeiter, Holzschleifer, Einrichter, Wasserhelfer und Sauerstoffarbeiter, Wäfler, Brenner und Schweißer, den durchschnittlichen Affordüberverdienst ihrer Werkstatt der vorhergehenden Lohnperiode (in letzter Zeit ist der Gesamtdurchschnitt 42 Prozent); in der zweiten Gruppe, zu welcher gehören: Photographen, Sattler, Weizer, 19 Pfg. pro Stunde; in der dritten Gruppe, die die Bootschwemer, Maschinenführer, Kranführer, Lichtwandler und handliche Arbeiter umfasst, 12 Pfg. Die vierte Gruppe, nämlich Seefente, Maschinenwarker, Schmierer und Rangierer erhalten 8 Pfg. Zuschlag.

Eine Leistungszulage von 3 Pfg. erhalten 50 Prozent der gesamten Arbeiter aller Berufsgruppen.

Der Soziallohn beträgt für Frau und jedes Kind bis zu 14 Jahren 2 Pfg. pro Stunde.

Dieser Lohnparagraf gilt bis auf weiteres. Im Mai soll über diesen Paragraphen erneut verhandelt werden.

Der Erholungsurlaub beginnt mit 3 Tagen bei einjähriger Tätigkeitszeit und endet mit 6 Tagen nach vierjähriger Arbeit. Für die Urlaubsregelung sind dem Betriebsrat weitgehende Rechte eingeräumt.

Die Verkegungsbücherei beträgt 2 Gulden pro Woche. Die Lieferung von Schutzkleidung bei feuergefährlichen Arbeiten ist neu umschrieben.

Die vorübergehende Behinderung der Arbeitsleistung wird nach dem neuen Tarif auf Grund des B.G.B. Artikel 616 geregelt, d. h. der Lohn wird bezahlt.

Bei Montagearbeiten und Probefahrten wird eine besondere Abgabe gemäß § 17 mit dem Betriebsrat zu vereinbaren ist.

Die Affordrichtlinien sind in neuen Paragraphen geregelt. Sie sichern dem Arbeiter die nötigen Rechte. U. a. werden bei Fertigungsarbeiten 3 Prozent Zuschlag zum Grundlohn bezahlt. Wenn die Affordarbeit vor der Fertigstellung zurückgerufen wird oder vorübergehend unterbrochen werden muß, werden 10 Prozent Zuschlag gezahlt. Muß ein Affordarbeiter infolge Materialmangel, Reklamation oder aus sonstigen Gründen warten so erhält er 25 Prozent Zuschlag zum Grundlohn.

Bei Festsetzung der Zeit für eine Affordarbeit eine direkte Einwirkung nicht möglich, so erteilt dem Affordarbeiter eine in jeder Werkstatt von den Arbeitern gewählte dreigliedrige Affordkommission zur Seite, bei der auch der Betriebsrat mitwirken kann. Erfolgt auch dann keine Einwirkung, so wird die Arbeit im Grundlohn auszuführen und auch bezahlt. Durch diese Sicherung wird jeder Affordarbeiter gezwungen, selbst seine Arbeit zu kalkulieren.

Streitigkeiten, die sich aus dem Verträge ergeben, werden in erster Instanz zwischen Firma und Betriebsrat, in zweiter zwischen Organisation und Firma und in dritter durch den amtsgerichtlichen Schlichtungsausschuss entschieden.

Der Vertrag läuft bis auf weiteres und kann mit dreimonatiger Frist jeweils zum Quartalsersten gelöst werden. Der Paragraf kann mit einmonatlicher Kündigungsfrist jeweils zum Monatsersten gelöst werden.

Die gewählten Vertrauensleute aller beteiligten Gewerkschaften haben dem Generalvertrag die Zustimmung gegeben. Das Lohnangebot von zuerst nur 4 Pfg. wurde abgelehnt und die Unterhändler, Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte, mit Vollmacht versehen, nochmals zu verhandeln und abzuschließen. Dies ist nunmehr geschehen.

Diese Regelung, insbesondere die Lohnregelung, bedingt nicht. Berechnet man den Grundlohn von 53 Pfg. und nimmt dazu den durchschnittlichen Affordüberverdienst von 40 Prozent, der aber vielfach nicht erreicht wird, einmal des Soziallohnes und der Leistungszulage von durchschnittlich 1 1/2 Pfg., so ergibt sich für die Zeit vom 11. 4. ein Gesamteinkommen von rund 80 Pfg. Die Veritarbeiter Danzigs müssen sich mehr als bisher um ihre Organisation kümmern, damit sie sich endlich selbstbewußte Löhne erkämpfen können.

Streik der Treibriemenfettler.

Die Arbeiter der Treibriemenfabrik von Schaad u. Wojnisch, Gr. Mühlengasse 3, und Danziger Treibriemenfabrik A.G., Pfefferstraße 24, sind seit Donnerstag im Streik. Da die Firmen durch Inserate in den bürgerlichen Zeitungen versuchen, Streikbrecher zu finden, so wird die Arbeiterchaft ersucht, strengste Solidarität zu üben!

Einladung zum Kommunistenprozess. Am Freitag, den 2. Mai, vormittags 9 Uhr, beginnt vor der Strafkammer I des Landgerichts die Hauptverhandlung gegen Kurl und Wenzel wegen Vergehens gegen § 127 des Strafgesetzbuchs. Es handelt sich um die 5 Kommunisten, die am Samstag auf dem Hauptbahnhof verhaftet wurden. Die Verhandlung wird die Unterbrechung der Arbeit

Es sollte eine große Staatsaktion werden: Hochverrat, Landesverrat usw. Jetzt ist nur Anklage wegen Bildung bewaffneter Haufen erhoben worden; die Höchststrafe beträgt 2 Jahre Gefängnis. Die Verhandlungen leitet Landgerichtsdirektor Dr. Truppner, unter dessen Vorsitz auch das Schandurteil gegen die Schönhorster Landarbeiter zustande kam. Er ist also der „geeignete“ Mann für diesen Prozess. Zutritt zu den Verhandlungen am Freitag ist nur gegen Einlaßkarte gestattet, die nur bis zur Höchstzahl der in dem Hörsaalraum verfügbaren Plätze auszugeben werden. Die Einlaßkarten sind während der Dienststunden im Gerichtsgebäude, Zimmer 154, bis zum 1. Mai erhältlich.

Die Matfeier des Arbeiter-Bildungsausschusses

findet wie in den vergangenen Jahren im künstlerischen Rahmen im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause statt. Es ist dem Wunsch gelungen, wieder das Stadttheaterorchester unter Leitung des 1. Kapellmeisters Selberg zur Mitwirkung zu gewinnen. Die Chorgefänge werden vom Gesangsverein „Freier Sänger“ bekräftigt. Darbietungen des Opernführers Geer vom Stadttheater und ein der Bedeutung des Tages angemessenes Festspiel vervollständigen das Programm, das eine würdige Matfeier gewährleisten soll. Trotz der enormen Kosten ist der Eintrittspreis auf nur 1.- Gulden im Vorverkauf festgesetzt worden. An der Kasse erhöhter Preis.

Die Karten sind bei allen Parteivertrauensleuten, bei den Gewerkschaften, in der Verkaufsstelle des Konsumvereins, Tischlergasse und in der „Volkstimme“, Spandhans 6 erhältlich. Es empfiehlt sich, den Vorverkauf zu benutzen.

Lehren der diesjährigen Hochwasserperiode.

Deichoberrat Bertram gibt eine längere Betrachtung über die diesjährigen Hochwasserereignisse, aus der wir folgendes wiedergeben:

Nachdem das diesjährige, von vielen Seiten mit erheblicher Besorgnis erwartete Frühjahrshochwasser vorüber ist und man einen Gesamtüberblick über den Verlauf desselben gewonnen hat, dürfte es sich lohnen, das Fazit aus den Beobachtungen zu ziehen, welche man vor und während des Hochwassers zu machen in der Lage war.

Soweit exakte Beobachtungen für den Weichselstrom vorliegen, galt die Hochwassermenge des Jahres 1888 als die größte. Trotzdem ist jetzt schon als sicher anzusehen, daß das Weichselhochwasser vom Jahre 1924 dasjenige vom Jahre 1888 ganz erheblich übertroffen hat. Diejenigen, welche jedem bekannten Maximum einen gewissen Sicherheitszuschlag zu geben für richtig halten, haben durch das diesjährige Hochwasser eine Bestätigung ihrer Ansicht erhalten.

Katastrophenjahre treten erfahrungsgemäß etwa in Abständen eines Drittels Jahrhunderts auf. Trotzdem ging die frühere preussische Staatsregierung gleich nach dem Katastrophenjahre 1888 in Voraussicht einer früher oder später möglichen Wiederholung dieses Jahres schon im Jahre 1889 daran, die Verhältnisse der Weichselmündung so zu gestalten, daß in Zukunft eine ähnliche Katastrophe wie der Danziger Deichbruch nicht mehr vorkommen konnte und die Früchte dieser Voraussicht haben wir jetzt geerntet. Denn darüber sind sich alle, Fachleute und Laien, welche den diesjährigen Eisgang mitansehen haben, gleichmäßig einig, daß ohne den seit dem Jahre 1889 erfolgten Ausbau der Weichselmündung im Weichseldelta überflutet an mehreren Stellen gleichzeitig und zwar in kürzester Zeit nach dem Beginn des Eisganges Deichbrüche erfolgt wären. Das alte unregulierte Profil der Weichsel, dessen Breite zwischen 300 und 200 Meter oder noch mehr schwankte, hätte die diesjährigen Eis- und Eiswasser niemals verschlucken können. Mit Grauen und Mitleid sehen wir von den furchtbaren Verheerungen und Verlusten an Menschenleben und Schwerten, welche durch das Weichselhochwasser in diesem Jahre in Polen geschahen sind.

Die dritte Lehre ist die, daß jedes, auch das vollständigste Menschenwerk nie frei von Fehlern ist. Der Ausbau der Weichselmündungsbücherei ist archaisch und archaisch erfolgt. Trotzdem hat auch dieses Werkstück von Menschenschand keine schwachen Stellen. In einigen Stellen der neuen Deiche setzten sich nämlich trotz ihrer gewaltigen Abmessungen nach einigen Tagen des Hochwassers

anquellende Wasserprudel

am inneren, binneneitigen Deichfuß. Sandadern oder tonige Mäntel des Untergrundes hatten es dem Wasser ermöglicht, unter den Deichen durchzulaufen. Die starke Antriebskraft, welche bei Beginn des Eisganges auf den Deichdrücken und in dem Deichkörper noch vorhanden war, hat das Durchquellen unter den Deichen hinauszugelassen. Aber allmählich löste sich die Frostkruste im Wasser auf. Die Deiche begannen aufzuweichen und die Quellungen begannen. Ein Glück, daß das bei fallendem Hochwasser geschah; denn lange hätten die Deiche dem höchsten Wasserstande nicht mehr überall standgehalten.

Das Eintreten eines großen Hochwassers wurde rechtzeitig vorausgesehen. Denn auch über den Umfang desselben und seine etwaigen Folgen die Meinungen nicht genau übereinstimmten, jedenfalls wurde mit allen, auch den ichlimmen Möglichkeiten gerechnet und alle Vorkehrungen zu ihrer Abwehr oder mindestens Abmilderung rechtzeitig und im ausgiebigen Maße getroffen. Ueber alle anderen Hindernisse kam man hinweg. Die Frage der Bekämpfung und der Verhütung von genügend organisierten und jederzeit verfügbaren Arbeitskräften bot jedoch außerordentliche Schwierigkeiten und ist auch nicht reiblos lösbar gewesen. Eine Improvisation durch das Zusammenrufen von Menschen im Notfall wird niemals ein wirksames Instrument für die Ausführungen von Arbeiten im Falle einer Katastrophe. Wenn man den allerersten Willen und auch körperliche Leistungsfähigkeit voraussetzt, so erhält man doch niemals einen einheitlichen Körper, einen richtigen Organismus. Die Fälle, in welchen plötzlich ein organisiertes, leistungsfähiger Haufe von Arbeitskräften gebraucht wurde, waren nicht allein auf die Weichsel beschränkt. Am 25. März durchbrach die Gans ihren rechtsseitigen Deich und ergoß sich in die Gewässer der Gans. Sie fließt noch heute durch das Bruchloch in die Felder und Wiesen des Dorfes. Hätte man am 1. Tage oder in den ersten 5 Stunden eine stark disziplinierte Abteilung von 20 kräftigen jungen Menschen zur Stelle haben können, so wäre es möglich gewesen, das Unheil abzuwenden. Ähnliche Fälle können ja jederzeit wieder eintreten.

Zum Schluß wird der Vorschlag gemacht zur Beseitigung in solchen Fällen eine Art Organisation von jungen, körperlich ausdauernden Leuten zu schaffen, welche auf Grund einer zeitlich festzulegenden Verpflichtung im Falle der Not einberufen werden. Dazu noch eine neue Organisation schaffen, wo schon etwas. Einwohnervorweh. Technische Vorkehrungen sind. Namentlich die letzten beiden Organisationen könnten in diesen Fällen eher Erfolge zu erzielen.

Polnische Postpaketbeförderung nach Danzig im Flugzeug. Der „Gazeta Warsz.“ zufolge bemüht sich die polnische Postbehörde, nachdem der Flugbetrieb wieder aufgenommen worden ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß aus ganz Polen in absehbarer Zeit Pakete auf dem Luftwege nach Danzig geschafft werden können. Voraussetzungen sind die Organisation so getroffen werden, daß aus den entlegeneren Zeitgebieten die Pakete per Eisenbahn zunächst einmal in Orte, die einen Flughafen besitzen, befördert werden. Dort werden sie dann vom Flugzeug übernommen und auf direktem Wege nach Danzig gebracht.

Unfälle bei der Arbeit. Der Arbeiter Gustav Richter, Weinbergstraße 45, glitt am Freitag nachmittag auf dem Nachhof bei dem Verladen schwerer Säcke aus und erlitt einen Unterarmbruch. Die gleiche Verletzung zog sich der Arbeiter Adolf Schlipfki aus Gehrde auf einem Holzfelde zu. Er geriet beim Zusammenstoßen der Wagen zwischen herabfallende Holzstücke. Nicht nur Erwachsene, auch jugendliche werden Opfer der Arbeit. So wurde der erst 15 Jahre alte Arbeitsbursche Bruno Hoppel aus Neuschottland am Sonnabend von einem bedauerlichen Unfall betroffen. In einer Möbelfabrik in der Hauptstraße in Langfuhr glitt er beim Aufstapeln von Holz aus und geriet mit dem Fuß in eine Kreisrinne.

Ein Radfahrerunfall ereignete sich am Sonnabend auf Brochfischweg. Der 10 Jahre alte Schüler Heiß Schöffler wurde von einer Radfahrerin, die dicht an dem Bürgersteig vorbeifuhr, ungerissen und erlitt dabei einen Unterarmbruch. Die Radfahrerin kam zwar zu Fall, kam aber ohne große Beschädigung davon.

Nickelswalde. Die Gemeinde Nickelswalde, die eine wirksame Verbesserung des Feuerlöschwesens anstrebt, hat von der Maschinenfabrik V. Jahr in Brauns drei Wasserlöschmaschinen bezogen. Zu den Anschaffungskosten ist ihr von der Versicherungsgesellschaft „Die Danzia“ (normalerweise Westpreussische Feuer-Versicherung) eine Beihilfe von 200 Gulden gewährt worden.

Gewerkschaftliches u. Soziales

Schwere kommunistische Niederlage auf dem Verbandstag der Textilarbeiter. Auf dem gegenwärtig in Kassel tagenden Verbandstag der Textilarbeiter sprachen die Delegierten nach scharfen Reden Jägers und Feinbals mit neunzehntel Mehrheit unter stürmischem Beifall dem Verbandsvorstand das Vertrauen aus und beauftragten ihn, die Geschlossenheit des Verbandes mit allen Mitteln herbeizuführen. Die Kommunisten haben also im Textilarbeiterverband eine schwere Niederlage erlitten.

Abwehrkämpfe im Reich. Die Gesamtzahl der streikenden Bergarbeiter im Mansfelder Revier beträgt jetzt 6000. Der Wolf- und Hohental-Schacht liegen gänzlich still. Der Regierungspräsident in Merseburg, Genosse Bergmann, hat sich zu Verhandlungen nach Eisenberg begeben. — In der Berliner Metallindustrie ist eine Vereinbaruna zustande gekommen, wonach der bisherige Rahmentarif und die Regelung der Arbeitszeit bis zum 1. Juni verlängert werden. Die Unternehmer im Berliner Baugewerbe haben erklärt, daß sie über den ergangenen Schiedsspruch nicht mehr verhandeln, sondern ab Sonnabend alle Arbeiter im Baugewerbe ausperren werden. — Das zur Beilegung des Kohlenstreiks im Ruhrgebiet am Mittwoch in Essen unter Vorsitz des Schlichters für Rheinland-Westfalen zusammengetretene Schiedsgericht fällte einen Schiedsspruch, der seit 15. April eine Erhöhung des Zimmereinerlohs, der jetzt 4,70 Mk. beträgt, um 70 Pf., also auf 5,40 Mk. vorsieht. Alle übrigen Schichtlöhne und der Stundenlohn werden entsprechend erhöht. Der Stundenlohn beträgt demnach ab 15. April 4,21 Mk.

Der 1. Mai in Frankreich. Die Gewerkschaften erließen einen Aufruf an die Arbeiterchaft, den 1. Mai in gewohnter Weise durch Arbeitsschneide zu feiern und für die Aufrechterhaltung des Achtundtagsausens und die Durchsetzung der übrigen Arbeiterforderungen zu demonstrieren. Im Pariser Stadtrat ist von bürgerlicher Seite der Antrag eingebracht worden, am 1. Mai von der üblichen Auffüllung der Posten auf den Straßen und anderen Plätzen der Stadt, die in den Arbeiterkreisen als Provokation empfunden würde, abzusehen und statt dessen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Kräfte in den Kasernen alarmbereit zu halten. Bei der reaktionären nationalistischen Zusammenziehung des Pariser Stadtrats ist jedoch kaum anzunehmen, daß dieser Antrag angenommen werden wird.

Ämtliche Börsennotierungen.

Danzig, 26. 3. 24

1 Dollar: 5,56 Danziger Gulden.

1 Million poln. Mark: 0,61 Danziger Gulden.

1 Rentenmark 1,31 Gulden.

Berlin, 26. 3. 24

1 Dollar 4,2 Billionen, 1 Pfund 18,4 Billionen Mk.

Danziger Getreidepreise vom 26. März (Ämtlich.) In Danziger Gulden per 50 Kq. Weizen 11,60-00,00, Roggen 7,65-0,00, Gerste 8,45-0,00, Hafer 8,15-0,00.

Verantwortlich für Politik Ernst Loops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Interate Anton Kooker, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von F. Heß u. Co., Danzig.

Wollen Sie einen praktischen und preiswerten

Herrenstiefel

21⁸⁵
G

so verlangen Sie den Rindox- oder Rochevreaux-Stiefel in höchst amerik Form, vorzügliche Qualität, zu

bei



Das Haus für Qualitäts-Schuhwaren.

Danzig — Langfuhr — Zoppot

Danziger Nachrichten

Der Streik der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Der Streik, der, wie wir in der letzten Nummer bereits berichteten, am Sonnabend vormittag ausbrach, hat sich bis heute mittag stark ausgedehnt. Auch die christlich organisierten Arbeiter haben am Sonnabend nachmittag die Arbeit niedergelegt, nachdem mit mehr als Drei-Viertel-Mehrheit der Streikbeschluss gefasst wurde. Es streikten die Arbeiter der Gaswerke I und II, des Elektrizitätswerks, des Wasserwerks, der Pumpstation, des Fuhrparks, der Markthalle, des Stadttheaters, der Straßenreinigung und der Müllabfuhr, sowie die bei der Hoch- und Tiefbauverwaltung, der Telegraphenverwaltung und bei der Schupo beschäftigten Arbeiter, und die Kranführer des Kaiserhafens. Dem Streik nicht betroffen sind die lebenswichtigen Betriebe, wie das städt. Krankenhaus, städtische Frauenklinik, Speisehalle, Arbeitshaus, Schlacht- und Viechhof, sowie die Fähren. Es ist aber mit einer Verschärfung des Streiks zu rechnen, sobald auch diese Betriebe vom Streik betroffen werden können. Wahrscheinlich werden auch die im Fährbetrieb beschäftigten Arbeiter noch heute in den Streik treten.

Auch in den häßlichen Verleihen von Zoppot ist am Sonnabend der Streik ausgebrochen. Die dort eingeführte technische Rothhilfe hat schon Glanzleistungen vollbracht und u. a. den Leer auslaufen lassen. Der Magistrat von Zoppot hat bereits Verhandlungen mit den Streikenden angebahnt.

Die Gemeindebehörde Oliva hat die Forderungen der Arbeiter, Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pfg., und Gleichstellung der Familienzulagen mit den Beamtenzulagen, bewilligt, jedoch dort ein Streik nicht eingetreten ist.

Die Herstellung von Betonhäusern.

Die reichsdeutsche Baufirma Gähler in Bremen hat den zuständigen Körperschaften den Vorschlag gemacht, durch großartige Herstellung von Betonhäusern die Wohnungsnot im Freistaat zu beheben. Auch in diesem Sommer könnten nach einem neuen Bauprogramm, das sich bereits bemährt hat, 1000 Siedlungshäuser hergestellt werden. Da das Projekt dem Volksrat erst in seiner letzten Sitzung bekannt wurde, konnte er keine Stellung dazu nehmen.

Das Projekt der Firma Gähler hat eine technische und eine finanzielle Seite. Es muß geprüft werden, ob die so hergestellten Wohnungen, den Anforderungen entsprechen, die man an eine gesunde Wohnstätte stellen kann. Weiter ist die Frage der Anbringung der Baugelände zu lösen.

Um die technische Seite des Projekts kennen zu lernen, hatte der Abg. Proczowski am Sonnabendabend die Volksstaatsabgeordneten, die Mitglieder der Stadtbürgerschaft, den Senat, sowie andere interessierte Personen nach der Gewerbehalle eingeladen, wo der Oberingenieur Siecken aus Bremen einen Vortrag über die technische Seite

hielt und dazu Lichtbilder vorführte. Die gewöhnlichen Betonwände sind kalt und wegen der Dichtigkeit des Materials leicht leitend für Kälte, Wärme und Schall. Nach vielfachen Versuchen will man nun eine Betonmischung gefunden haben, die diese Mängel nicht aufweist. Der Masse wird ein poröser Schwammstein beigelegt und ferner sind in den Wänden Hohlräume mit tiefer Luftschicht. Diese Wände sollen so schnell trocknen, daß die Wohnhäuser bezogen werden können, sobald sie wohnfertig hergestellt sind. Die Wohnungen sind angeblich trocken und gesund. Die Fundamente werden aus gewöhnlichem Beton hergestellt. Für die Zwischenwände wird auch Eisenbeton verwendet, damit sie möglichst dünn ausfallen können. Die Decken sollen stark schalldicht sein. Holz wird nur zu Türen und Fenstern, sowie im Dachstuhl verwendet. Die Dächer werden in gewöhnlicher Form hergestellt, aber die Firma stellt auf Wunsch auch andere Dächer her. Man ist zu flachen Dächern übergegangen. Die Bauten, die gezeitigt wurden, machten einen sehr guten Eindruck. Es konnte eine ganze Anordnung mit Flachdächern vorgeführt werden. Es wurden eine ganze Anzahl berattiger Siedlungen in West- und Mitteldeutschland gezeigt, die ein freundliches und harmonisches Gesamtbild boten. Auch in dem holländischen Küstenort Schiedam sind derartige Häuser errichtet worden und sollen sich trotz des feuchten Klimas behaupten. Ob es tatsächlich der Fall ist, könnte an Ort und Stelle festgestellt werden — wenn die finanzielle Seite des Plans der Lösung nahe gebracht ist.

Die Art und Weise, wie die Firma an die Ausführung derartiger Projekte herangeht, ist amerikanisch großzügig. Maschinen spielen dabei eine große Rolle.

An den Vortrag knüpfte sich eine Ansprache. Man wünschte Näheres über Preise und das ganze Angebot und seine Behandlung zu erfahren. Der Vortragende lehnte ein Eingehen hierauf ab, da er nur die technische Seite zu erläutern habe. Oberbaurat Charisius erklärte, daß man das Angebot weiter zu erörtern und dann Vorschläge zu machen habe. — Die Baufirma will ihr Angebot in finanzieller Hinsicht abändern und neue Verhältnisse machen.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Die Reichseisenbahn unter Direktorialverwaltung. Seitdem die deutsche Reichseisenbahn eine selbständige Gesellschaft mit eigener Finanzgebarung geworden ist, nahm der Reichsverkehrsminister Dr. Deier faktisch die Stellung eines Generaldirektors ein. Diese Stellung ist durch eine Verordnung des Reichskanzlers nur bestätigt worden. Ihm zur Seite steht ein vorläufiges Direktorium, dessen Tätigkeit rein beratend sein soll. Es wird gebildet aus den Staatssekretären des Reichsverkehrsministeriums als geschäftsführende Mitglieder und aus den Abteilungsleitern als weitere Mitglieder. Die Regierung wird aller Voraussicht nach nur von kurzer Dauer sein. Allerdings liegt sie bereits auf der Linie jener Veränderungen, die im Sachverständigenrat vorgezeichnet sind.

Verfälschungen der wirtschaftlichen Lage Belgiens. Die Regierungen Belgiens der Erziehungskammer für den belgischen Staat beginnen sich jetzt in vollem Umfange auszuwirken.

Die Stagnation, von der Mitte März zuerst die Exportindustrie in Mitleidenschaft gezogen wurden, hat inzwischen auf fast alle Wirtschaftszweige übergreifen und zu einer allgemeinen Depression geführt. Neue Aufträge kommen so gut wie gar nicht herein, da das Preisniveau für zu hoch gehalten wird, die Industrie dagegen sich immer noch nicht zu Preisermäßigungen entschließen kann. Da die belgischen Preise teilweise über den Weltmarktpreisen liegen, macht sich die Konkurrenz des Auslandes wieder stärker fühlbar. Englische Kohle ist in den letzten Wochen in großen Mengen eingeführt worden, da sie sich jetzt billiger stellt als die belgische.

Ein Zusammenbruch in der Automobilindustrie. Die „Kölnische Volkszeitung“ berichtet, ist über das Vermögen der Fox-Automobil-A.G. in Köln-Deßbrück, ein kleineres, aus der früheren Privatfirma Dollmann hervorgegangenes Unternehmen, das in der Grünungszeit in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, das Konkursverfahren eröffnet worden, nachdem alle Versuche, dem Unternehmen neue Mittel zuzuführen, vergeblich geblieben sind. Das Aktienkapital von 100 Millionen Mark, das nach dem genannten Blatte verloren sein dürfte, befindet sich größtenteils in den Händen des Vorbesitzers. Der Zusammenbruch ist durch die Schwierigkeiten am Weltmarkt hervorgerufen worden.

Deutsch-schweizerische Zusammenarbeit in der Stickerindustrie. In der schweizerischen Stickerindustrie, deren Lage nach jahrelanger Krise sich wieder zu bessern beginnt, hat ein lebhafter Veredelungsverkehr mit Deutschland eingesetzt, der besonders die Wäschereiderei betrifft. Die aus Deutschland kommenden Stoffe werden in der Schweiz verarbeitet und gehen zur Fertigstellung nach Deutschland zurück. Der größte Teil der Stickermaschinen arbeitet heute für diesen Veredelungsverkehr, und es liegen bedeutende Aufträge aus Deutschland vor.

In der amerikanischen Textilindustrie droht ein allgemeiner Ausbruch, von dem 200 000 Arbeiter betroffen würden. Infolge der wirtschaftlichen Krise fordern die Arbeitgeber die Herabsetzung der Löhne als einziges Mittel, um den drohenden Zusammenbruch der amerikanischen Textilindustrie abzumenden.

Zunahme der deutschen Farbensaufuhr nach den Vereinigten Staaten. Die Einfuhr von Kohlensteinfarben über den New Yorker Hafen betrug im März 293 862 Pfund gegen einen monatlichen Durchschnitt von rund 200 000 Pfund in 1923. Davon entfallen 63 Prozent auf deutsche, 15 Prozent auf schweizerische und 3 Prozent auf belgische Erzeugnisse. Während der Anteil der Schweiz und Belgiens an der amerikanischen Farbensaufuhr um mehr als die Hälfte zurückgegangen ist, hat der deutsche Anteil von Monat zu Monat zugenommen, und zwar seit Januar um rund 50 Prozent.

Gegenseitige Arbeitslosenfürsorge mit Oesterreich. Die österreichische Regierung hat mit der Regierung des Deutschen Reiches ein Gegenseitigkeitsübereinkommen getroffen, wonach sowohl die in Deutschland lebenden Oesterreicher, sofern sie arbeitslos geworden sind, als auch die in Oesterreich lebenden erwerbslosen Reichsdeutschen, falls die in Betracht kommenden gesetzlichen Bedingungen erfüllt sind, den gesetzlichen Anspruch auf die staatliche Arbeitslosenunterstützung haben. Das Abkommen ist am 3. März dieses Jahres in Kraft getreten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten

für ein Wohnhaus in Renzschwasser mit 48 Wohnungen sollen öffentlich vergeben werden. Angebote sind gegen Erstattung der Schreibgebühren im Hochbauamt II, Altstadt Rathhaus, Pfefferstraße 33/35 erhältlich.

Termin Freitag, den 9. Mai 1924. (12793)
Hochbauamt II.

Verzollung der Postsendungen aus dem Ausland an Empfänger in Danzig und Danzig-Langfuhr.

1. Die Verzollungsstelle für Postpakete mit Wertangabe in Danzig wird vom 29. April 1924 ab vom Postamt 1 (Hundegasse) zum Postamt Danzig 5 (Austland) in der Volksgasse verlegt. Der am Verlegungstage beim Postamt 1 noch lagernde Restbestand an Wertpaketen wird noch an der bisherigen Verzollungsstelle verzollt werden.

2. Die polnische Abfertigung aller polnischen gewöhnlichen, Einschreib- und Wertbriefsendungen aus dem Ausland an Empfänger im Ortsbezirk Danzig 1 und Danzig-Langfuhr wird vom 5. Mai 1924 ab allgemein durch Vermittelung der Postverwaltung bewirkt.

Einige Bürger von Danzig sind in Danzig und Danzig-Langfuhr, daß sie die für sie eingehenden gewöhnlichen, Einschreib- und Wertbriefsendungen ein für allemal selbst verzollen wollen, wird ersprochen werden. Es wird empfohlen, begehrende Entwürfe, die an das Postamt 5 in Danzig beim Postamt in Danzig-Langfuhr zu richten wären, möglichst zu stellen.

Es wird beantragt, auch bei Paketen eine Postverzollung zuzulassen, wobei die Verzollungen für diese Entwürfe bewirkt sein werden.

Danzig, den 28. April 1924. (12795)
Post- und Telegraphenverwaltung der Freien Stadt Danzig.

Central-Verein Danziger Staatsbürger polnischer Nation.

Mitgliederversammlung

am Dienstag, den 29. April 1924, abends 8 1/2 Uhr, in der Oberrealschule am Hauptplatz. Alle polnischen Mitglieder sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Sjöger.
Heute, Montag, den 28. April, abends 7 Uhr:
Damenkarten Serie I.

Der Dummkopf.

Beispiel von Ludwig Fulda.
Dienstag, den 29. April, abends 7 Uhr. Damenkarten haben keine Gültigkeit. Die Erbesitzung.

Wittwoch, den 30. April, abends 7 Uhr. Damenkarten Serie II. Der fliegende Holländer.

Donnerstag, den 1. Mai, abends 7 Uhr. Damenkarten haben keine Gültigkeit. Der Sprung in die Ehe.

Freitag, den 2. Mai, abends 7 Uhr. Damenkarten Serie III. Der Dummkopf.

Sonnabend, den 3. Mai, abends 7 Uhr. Freie Volkshöhle.

Sonntag, den 4. Mai, abends 7 Uhr. Damenkarten haben keine Gültigkeit. Der Silberpfeifer.

Freie Volkshöhle. Komische Oper von Bach.

Freie Volkshöhle

Serie F: Sonnabend, den 3. Mai, abends 7 Uhr.

Madame Butterfly

Langspiel in 3 Akten. Musik von Puccini.

Serie A: Sonntag, den 4. Mai, abends 7 1/2 Uhr.

Die verlorene Tochter

Beispiel in 3 Akten von Ludwig Fulda.

Die Auslösung der Plakarten

einige Plakarten 11-12, in der Volkshöhle, nachm. 4-6 Uhr, für Serie F: am Dienstag, den 29. und Mittwoch, den 30. April; für Serie A: Freitag, den 2. und Sonnabend, den 3. Mai.

Schluss meines Räumungs-Ausverkaufs

Mittwoch, den 30. April

Bis dahin gewähre ich noch auf sämtliche

Herren-, Jünglings- u. Knaben-Bekleidung

20% Rabatt

Benutzen Sie die günstige Kaufgelegenheit.

Rosenbaum

Breitgasse 128/9

11759

Der im Börsengebäude des städt. Schlacht- und Viechhofes befindliche Restaurationsbetrieb mit zugehörigem Saal, Fremdenzimmern, Garten und Wohnung für den Oekonomisten ist vom 1. Oktober d. J. ab neu zu verpachten. Nähere Bedingungen können auf dem Geschäftszimmer 2 der unterzeichneten Verwaltung eingesehen werden. Angebote sind bis 15. Mai einzureichen an

Direktion des städt. Schlacht- u. Viechhofes
Danzig

Wohnung!

Stube, Kamin, Küche, Keller u. Stall in d. Stadt, gegen gleich entl. nach moderner Offizin am V. 128 an die Engelstr. 128.

Lausche

Stufe und Küche gegen gleich od. gering Mühen, von Städtg. nach Danzig, Offiz. mit 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Kräftiger Laufburche

14-16 Jahre, sofort gesucht, Adria Haus, Danzig.

Sämtl. Drucksachen

in geschmackvoller Ausführung liefert in kürzester Zeit bei mäßigen Preisen
Buchdruckerei J. Gehl & Co.,
Danzig, Am Spandauer 6. Telefon 3290

Berkäuferin

aus der Lebensmittelbranche, perf. Rechnerin, sofort gesucht. Bezahlung von 4-6 Uhr. (12792)
A. Dahlmann,
Langfuhr, Hauptstraße 105.

Zimmer zu haben

Freundlich möbliertes Zimmer zu haben. Danzigerstraße 41, vt. (12791)

Eine gut erhaltene Nähmaschine, 3m Paletstoff u. 3m Kleiderstoff preiswert zu verkaufen. P. Lemke, Ballgasse 21, Eingangs Schild. 1 St.

Rehpincher

zu verk. Quaschnewski, Deersbagen 10a, Hof. (12790)

Walarbeiten

werden ausgeführt. Offert. unter 2032 an die Leged. der Volksstimme. (12789)

Bejohlanstalt.

Räum 15. (12788)

